

Pressemitteilung

- LandesElternRat Sachsen unterstützt das Positionspapier der Landesschülervertretungen der Ostländer gegen Extremismus -

9. April 2024. Das gemeinsame Positionspapier der Landesschülervertretungen der Ostländer vom 3. April 2024 benennt die Problematik zunehmender rechtsextremer Vorfälle an Schulen. Schmierereien, Parolen und offene rechtsextreme Symbolik nehmen zu. Die Schülervertretungen sehen die Schulen hierauf schlecht vorbereitet und fordern unter anderem eine aktivere Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus, bessere Demokratie- und Medienbildung sowie ergänzende Projekte und Mentoring zur Förderung eines pluralistischen und meinungsbildenden Diskurses.

Wir als LandesElternRat Sachsen (LER) unterstützen die Positionierung gegen **jede Form des Extremismus**. Der kürzlich verstorbene Soziologe Oskar Negt schrieb, dass *„Bildung unter unseren Verhältnissen deshalb eine existenzielle Notwendigkeit hat, weil Demokratie die einzige Staatsform ist, die gelernt werden muss“*. Schule ist ein Spiegel der Gesellschaft. Zunehmende Spannungen in unserer Gemeinschaft bedingt durch soziale Verwerfungen, nicht erfolgte Integration oder auch lokale Überforderung im Sozialraum, wirken sich auch insbesondere in Schule aus. Wir beobachten, wie Sorgen und Ängste von Menschen instrumentalisiert, Triggerpunkte gezielt angesprochen und die öffentliche Auseinandersetzung bewusst entgrenzt wird. Das was sagbar scheint, wird immer mehr zu extremen Positionen verschoben, vor allem auch im digitalen Raum.

Hier unterstützen wir als LER die Forderung nach besserer Medien- und Demokratieerziehung, fordern Aufklärung und Prävention in Schulen (Mobbing- und Gewaltprävention, gewaltfreie Kommunikation), Fortbildungen bei Lehrkräften und das Erlernen von Diskurs- und Streitkultur.

Fehlende soziale und mentale Unterstützung für Schülerinnen und Schüler, Überforderung im Schulsystem, Ausgrenzung und Ohnmachtserfahrungen, insbesondere an Schulen mit einer Vielzahl an Herausforderungen, aber auch fehlende Perspektiven und zu wenig soziale und kulturelle Alternativangebote bilden den Nährboden für extremistische Erzählungen. Wir als LER fordern daher in unserem Positionspapier eine **bessere Verteilung von Lasten, mehr Anstrengungen bei Integration und Inklusion sowie Ausbau multiprofessioneller Teams mit besonderem Schwerpunkt für psychische und seelische Belastungen**.

Extremismus gleich welcher Form ist immer auch ein Hinweis auf Verwerfungen in der Gesellschaft. Es braucht gute gesellschaftliche Angebote und politische Lösungsvorschläge, um Menschen wieder für die Demokratie zu gewinnen.